

BFS-TRENDINFO

6/16

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Non-Profit-Management

Stiftungen: Geschätzt, engagiert und dennoch reformbedürftig

Migration

Blühende Landschaften – in der Großstadt

Asylverfahren: So macht es die Schweiz

Pflege

Ambulante Pflege: „Erhebliche Lücken im Personalbereich“

Pflegequalität: Großes Informationsbedürfnis, wenig Vertrauen

Gesundheit

TK-Bewegungsstudie: Deutschland ist geteilt

Schulprojekt „fit4future“: Nachhilfe für die Gesundheit

Europa

Förderung des gesunden Arbeitens und Alterns

Materialien

Elisabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Stiftungen werben viel häufiger um Spenden und Zustiftungen als bisher angenommen. Dies zeigt eine Befragung im Stiftungspanel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, die sich erstmals ausführlich dem Thema Fundraising widmet. Demnach sind bereits 43 Prozent der befragten Stiftungen im Fundraising aktiv. Weitere 16 Prozent planen, ins Fundraising einzusteigen. 40 Prozent werben bisher keine zusätzlichen Mittel ein. An der Umfrage nahmen rund 240 Stiftungen teil.

In Erbschaften sehen viele Stiftungen künftig die größte Fundraisingchance. Gerade Stiftungen mit ihrer auf Dauer angelegten Arbeit bieten sich für eine langfristige Wirkung von Erbschaften an. 2,6 Billionen Euro sollen in diesem Jahrzehnt von einer Generation auf die nächste vererbt werden.

Dass Stiftungen verstärkt um Spenden werben, hängt unmittelbar mit dem anhaltenden Niedrigzinsniveau zusammen. Fast 90 Prozent der befragten Stiftungen müssten ihre Aktivitäten ohne zusätzliche Finanzierungsquellen einschränken. Vor allem kleinere Stiftungen sind auf Fundraising angewiesen.

Von den 40 Prozent der befragten Stiftungen, die bisher kein Fundraising betreiben, hat immerhin jede vierte nach ihrer eigenen Einschätzung ausreichend finanzielle Ressourcen

für ihre Arbeit. Bei größeren Stiftungen mit einem Kapital von mehr als einer Million Euro ist dies deutlich häufiger der Fall als bei kleineren Stiftungen mit weniger als einer Million Euro Stiftungsvermögen. Etwa die Hälfte der Stiftungen, die keine Mittel einwerben, nennt die fehlende organisationsinterne Bereitschaft zum Fundraisen als Grund.

Mit der Rolle und dem Selbstverständnis von Stiftungen in Deutschland befasst sich auch der nachfolgende Artikel in dieser Ausgabe der BFS-Trendinfo.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre Redaktion

Non-Profit-Management

Stiftungen: Geschätzt, engagiert und dennoch reformbedürftig

Wenn Stiftungen zum großen Stelldichein laden, sind Politiker nicht weit. So war es auch kürzlich beim Deutschen Stiftungstag in Leipzig. Bundeskanzlerin Angela Merkel pries gleich zur Eröffnung das überragende gesellschaftliche Engagement der Stiftungen hierzulande. Tatsächlich sind Stiftungen „auf allen Ebenen gefragt“, bestätigt eine aktuelle Studie der Hertie School of Governance und der Universität Heidelberg. Die Autoren unter Leitung von Helmut Anheier konstatieren sogar eine „Renaissance der Stiftung“: 71 Prozent der fast 19.000 bundesdeutschen Stiftungen wurden seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, gegründet und jede zweite (54%) seit der Jahrtausendwende.

Deutsches Stiftungswesen mittelständisch geprägt

Stiftungen hierzulande sehen ihre Rolle mehrheitlich darin, Aufgaben zu leisten, die der Staat nicht (mehr) wahrnimmt, stellt die Studie fest. Das deutsche Stiftungswesen ist durch eine selbstbewusste Engagement-Kultur geprägt, neigt aber zu einer Überschätzung der eigenen Kräfte. Mit geschätzten Förderausgaben von 13,1 Mrd. Euro können mangelnde staatliche Leistungen nur teilweise ausgeglichen und punktuell angestoßen werden. „Deutschlands knapp 19.000 Stiftungen könnten ihre Unabhängigkeit von Staat und Markt noch besser nutzen, um gerade in gesellschaftlichen Reformbereichen wie dem Bildungs-, Wissenschafts- und Sozialwesen sowie im

Kulturbereich innovative Impulse zu setzen“, mahnen die Autoren kritisch an.

Zwei Gründe stehen für dieses Problem: Erstens fehlt es größeren Förderstiftungen, die zehn Prozent des Sektors ausmachen und zusammen mehr als 90 Prozent der Gesamtausgaben tätigen, oft an einer professionellen Strategie und am Willen zur Transparenz. Zweitens ist das deutsche Stiftungswesen stark durch kleinere, ehrenamtlich geführte Stiftungen mit lokaler oder regionaler Ausrichtung geprägt. Der Löwenanteil deutscher Stiftungen, mehr als 70 Prozent, muss mit einem Jahresbudget von unter 100.000 Euro auskommen – „das Herz des deutschen Stiftungswesens schlägt im Mittelstand“. Dahinter steht ein breites zivilgesellschaftliches Engagement von Stiftungsgründern und ehrenamtlichen Mitarbeitern, allerdings stellt sich die Frage einer effektiveren Nutzung vorhandener knapper Mittel.

Methodische Anmerkungen

Höchst interessant also, welche Handlungsempfehlungen die Wissenschaftler für eine zukunftsweisende Stiftungsarbeit bereithalten. Sie sind der vorliegenden Publikation „Stiftungen in Deutschland“ entnommen und resultieren aus einem dreijährigen Forschungsprojekt zu Bedeutung, Struktur und Funktionsweise deutscher Stiftungen. Eine repräsentative Befragung von 1.000 privaten Stiftungen durch TNS Infratest lieferte die empirische Grundlage dafür. Robert Bosch Stiftung, VolkswagenStiftung und

der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft förderten das Projekt. Details der Forschungen finden sich in der Studie „Rolle und Positionierung deutscher Stiftungen“ (siehe dazu BFS-Trendinfo 7/15).

Empfehlungen für kleinere Stiftungen

Verbrauchsstiftung: Angesichts geringer Kapitalausstattung vieler Stiftungen und historisch niedriger Zinsen kann die noch junge Variante der Verbrauchsstiftung (seit 2013) eine sinnvolle Alternative zur klassischen Stiftung (Ewigkeitsstiftung) sein. Die Verbrauchsstiftung ist auf einen bestimmten Zeitraum festgelegt, mindestens auf zehn Jahre. In dieser Zeit finanziert sie ihre Projektarbeit durch schrittweisen Verzehr des Kapitalstocks.

Treuhändermodelle: Hier übernehmen die begünstigten Einrichtungen (z. B. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser) die Treuhänderschaft, häufig auch Kommunen, Finanzinstitute (Sparkassenstiftungen) oder intermediäre Einrichtungen (z. B. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft). „Ihre Stärke liegt in den deutlich geringeren Verwaltungskosten“, merkt die Studie an.

Ressourcenpooling: Dieses Modell sieht eine Bündelung von Stifterkapital und die gemeinsame Verfügung über die Erträge vor. Bekannteste Form ist die Bürgerstiftung. Sie vereinigt zahlreiche Einzelfonds und kann ihre Aktionsmöglichkeiten durch

Zustiftungen und Spenden erweitern. Eine weitere Form kollektiven Stiftens ist die Stiftergemeinschaft. Sie wird bei einem Treuhänder als unselbstständige Stiftung mit einer möglichst weitgefassten Zweckbestimmung gegründet.

Empfehlungen für Stiftungsgremien

Trennung von Kostenbereichen: Zur Erhöhung der finanziellen Schlagkraft bietet es sich an, Vermögensaufbau, Verwaltungskosten und Förderbudget klar voneinander zu trennen. Gemäß dieser Option werden Stiftungsverwaltung und Aufbau des Kapitalstocks durch Vermögenserträge finanziert, während für die Fördertätigkeit verstärkt Spenden und andere Geldquellen erschlossen werden.

Vermögensumschichtung: Eine Umschichtung des Stiftungskapitals in Aktien oder Immobilien kann die Rendite im aktuellen Niedrigzinsumfeld merklich verbessern. Die Strategie muss sich im Rahmen des zulässigen Risikoprofils bewegen.

Mission-Investing: Diese Form zweckorientierten Stiftens erhöht ihren Wirkungsgrad, indem die Vermögensanlage unmittelbar den Stiftungszweck unterstützt. Klassisches Beispiel sind Investments von Umweltstiftungen in grüne Energie.

Anregungen für die Stiftungspolitik

Gründungskapital erhöhen: Die Studienautoren raten aus

verwaltungstechnischen und ökonomischen Gründen dazu, selbstständige Stiftungen erst ab einem höheren Vermögen einzurichten. Zwar ist ein Mindestkapital gesetzlich nicht vorgeschrieben, doch die niedersächsische Stiftungsaufsicht gibt beispielsweise an, dass die Schwelle infolge der Finanzkrise von 25.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben wurde.

Flexible Restrukturierung ermöglichen: Eine aktuelle Bund-Länder-Gruppe diskutiert die Möglichkeit des pragmatischen Umgangs mit bestehenden Kleinstiftungen. Dabei geht es etwa um die Erleichterung von Satzungsänderungen zu Lebzeiten des Stifters, um die leichtere Zusammenlegung von Stiftungen und um die Lockerung der Finanzaufsicht durch Stiftungsaufsicht und Finanzamt.

Intermediäre schaffen: Kommunen oder Länder könnten als intermediäre Instanzen eine Koordination von Stifterangeboten mit den Bedarfen vor Ort vornehmen. Als beispielhaft gilt der Lübecker Bildungsfonds, bei dem die Kommune die Aktivitäten kleinerer Stiftungen bündelt.

Empfehlungen für große Stiftungen

Wichtige Zielgruppen an Governance beteiligen: Stifter sollen sich von Anfang an bewusst machen, wer ihr Zielgruppen sind und diese in Governance und Management berücksichtigen. Damit beugen Großstiftungen dem Verdacht vor, Partikularinteressen unter dem Deckmantel der

Gemeinwohlorientierung zu verfolgen oder sich devot am Stifterwillen zu orientieren. Auch das Transparenzgebot verdient höchste Aufmerksamkeit: „Etwa ein Drittel der befragten Stiftungen erkennt Transparenzdefizite an und scheint sich bewusst zu sein, dass eine nur auf die Steuerbehörde ausgerichtete Rechenschaftspflicht, die zudem dem Steuergeheimnis unterliegt, einem zivilgesellschaftlichen Verständnis von Engagement und Philanthropie gegenüber zu kurz kommt.“

Strategische Philanthropie: Der Stärke des persönlichen Engagements steht bisweilen die Schwäche unklarer Förderziele, inkonsistenter Strategien und mangelnder Erfolgskontrolle gegenüber. Hier empfehlen die Autoren die Instrumentarien strategischer Philanthropie, einem Modell modernen Stiftungsmanagements, bei dem sie hierzulande noch „großen Nachholbedarf“ sehen. „Wirkmessung kann keine sozialen Probleme lösen, ist aber ein wichtiger Baustein für Lernprozesse in Stiftungen.“

Fazit: Politik setzt Rahmenbedingungen

Nicht nur die Stiftungen sind gefragt, ihr Potenzial durch Umsetzung der einen oder anderen Handlungsempfehlung besser zu nutzen. Auch die Verbandspolitik steht auf dem Prüfstand. Ihre Empfehlung: Der Bundesverband Deutscher Stiftungen könne sich auf die größeren, ohnehin bereits in die Verbandsstrukturen integrierten Förderstiftungen konzentrieren.

Regionale Stifterverbände dagegen sollten die Interessen der kleinen Stiftungen bündeln und über föderale Kooperationen auf Bundesebene repräsentieren.

Ein weiter Vorschlag betrifft ein einheitliches Stiftungsregister. Es schaffe Transparenz für Wissenschaft und Öffentlichkeit. „Nicht schlüssig ist, warum die Transparenzvorschriften für private Unternehmen (Unternehmensregister) strenger sind als für gemeinnützige Stiftungen.“ Last but not least ist auch die Politik gefordert: „Obwohl das deutsche Stiftungswesen breit aufgestellt ist, gibt es kein politisches Konzept und kaum Interesse“, kritisieren die Autoren. Hier bestehe großer Nachholbedarf.

Helmut K. Anheier, Clemens Striebing, Sarah Förster, Janina Mangold, Stiftungen in Deutschland. Zusammenfassende Ergebnisse und Handlungsempfehlungen, Hertie School of Governance und Centrum für soziale Investitionen und Innovationen, Universität Heidelberg, Briefing Paper 2, 2016, 34 Seiten , [Download](#).

Migration

Blühende Landschaften – in der Großstadt

In dem Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung wurde die Region zwischen Rügen und Erzgebirge zum Inbegriff für Abwanderung, Geburtenknick und Vergreisung. 1,8 Millionen Einwohner verlor der Osten nach der Wende an den Westen. Jetzt ist die Trendwende da: Der Osten wird zum Einwanderungsland. Die neuen Länder ziehen mehr Menschen an als sie verlieren. „Die ‚blühenden Landschaften‘ des Ostens sind vielerorts Wirklichkeit geworden – allerdings überwiegend in den Städten“, bilanziert eine neue Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Auf der Basis von Daten der Statistischen Ämter von Bund und Ländern untersucht sie für den Zeitraum von 2008 bis 2013 alle Zu- und Fortzüge in 2.695 ostdeutschen Gemeinden.

Wenige Leuchttürme im schrumpfenden Umland

Zwischen Wachstums- und Schrumpfreionen tut sich eine Kluft auf. Lediglich 15 Prozent aller Kommunen verbuchten zwischen 2008 und 2013 mehr Zu- als Fortzüge. 85 Prozent hingegen mussten einen negativen Wanderungssaldo hinnehmen. Zu den demografischen Siegern zählen vor allem Groß- und teils Landeshauptstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern wie Potsdam, Dresden, Leipzig, Erfurt, Chemnitz, Jena, Halle und Rostock. Nicht zuletzt dank gezielter Städtebauförderung ragen sie als Leuchttürme in einem schrumpfenden Umland auf. Diese Großstädte ziehen junge Menschen an, die einen Ausbildungs-

oder Studienplatz suchen. Weil sich der Arbeitsmarkt verbessert hat, werden sie auch für Berufseinsteiger und beruflich motivierte Umzüge attraktiv. 40 Prozent der Zuzügler kommen aus Westdeutschland oder dem Ausland, 60 Prozent wandern aus ländlichen Regionen des Ostens zu.

Differenzierte Wanderungsmuster

Hinter diesen Trends tut sich ein Puzzle vielfältiger Wanderungsbewegungen auf. Sie entscheiden darüber, ob eine Kommune auf der demografischen Gewinner- oder Verliererseite steht. Menschen haben im Laufe ihres Lebens unterschiedliche Vorstellungen von ihrem Wunsch-Wohnort. So ergeben sich je nach Altersgruppe spezifische Wanderungsmuster.

Bildungs- und Berufswanderer: Tausche Landleben gegen

Stadtluft Vor allem die junge Generation verabschiedet sich scharenweise aus dem Landleben in die Ballungszentren des Ostens. Die Mehrheit kehrt nach ihrem Berufs- oder Studienabschluss auch nicht in die Heimatregion zurück, stellen die Wissenschaftler fest. So zieht es die 18- bis 24-jährigen Bildungswanderer an die Hochschulen. Davon profitieren sowohl große Universitätsstädte wie Leipzig, Dresden und Jena, als auch kleine Hochschulstandorte wie Ilmenau und Schmalkalden. Den kleineren Städten nützt der Zuzug dieser Zielgruppe jedoch nur kurzfristig, da sie keine Arbeitsplätze bieten können und Durchgangsstation bleiben.

Berufswanderer: Kluge Köpfe zieht es in die Job-Metropolen

Berufswanderer (25 bis 29 Jahre) sind die einzige Altersgruppe, von der 2013 noch mehr Menschen aus dem Osten fort- als zugezogen sind. Mit dem Berufseintritt gehen sie mehrheitlich nach Westdeutschland oder ins Ausland. „Ein Ende der Abwanderung ist allerdings dank der Attraktivität der Großstädte auch hier absehbar“, so der Befund.

Leipzig und Potsdam weisen bereits einen positiven Saldo auf, die anderen Ost-Großstädte ziehen nach. Sie alle können mit dem demografischen Erfolgsrezept der Wissensgesellschaft punkten: „Hier findet sich eine kritische Masse aus klugen Köpfen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, die zusammen einen guten Nährboden für neue Produkte, Dienstleistungen und damit für neue Jobs ergeben.“ Solche Wachstumsinseln locken junge Leute, Fachkräfte und Investoren an und können Wachstumsimpulse auch an das Umland weitergeben.

Familienwanderer lieben Randregionen Ist erst einmal Nachwuchs in Sicht oder schon da, erfährt auch das Leben auf dem Land neue Wertschätzung. Dann haben auch kleinere Gemeinden Chancen des Zuzugs, vor allem, wenn eine familienfreundliche Infrastruktur und Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe sind. Kein Wunder, dass insbesondere die urbanen Speckgürtel vom Familienzuzug profitieren, im Falle von

Jena, Rostock und Dresden sogar zulasten dieser Metropolen. Allerdings kann die Zuwanderung von Familienwanderern (30- bis 49 Jahre) die Verluste der ländlichen Regionen bei Bildungs- und Berufswanderern insgesamt nicht ausgleichen.

Alter schützt vorm Wandern nicht Die generell steigende Bereitschaft älterer Menschen zum Umzug kommt mittlerweile auch den ostdeutschen Ländern zugute. Empty-Nest-Wanderer (50-64 Jahre) und Ruhestandswanderer (älter als 64 Jahre) prägen die demografische Landkarte. Die Angehörigen jener Generation, die nach dem Auszug ihres Nachwuchses einen neuen Wunsch-Wohnort ansteuern, verbesserten die Wanderungsbilanz der neuen Länder um 3.000 Neubürger, vor allem von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Diese Empty-Nest-Wanderer entscheiden sich häufig für besser versorgte Mittel- und Oberzentren zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern als für kleinere Gemeinden. Ruhestandswanderer zieht es besonders in mittelgroße Städte (bis zu 50.000 Einwohner) nach Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Auch bei dieser Gruppe geraten Dörfer und Kleinstädte in entlegenen Landstrichen ins Hintertreffen.

Was kann die Politik gegen den regionalen Wandel tun?

„Wanderungsdaten sind die Schnittmenge aus individueller

Lebensplanung und der Attraktivität von Kommunen“, bringt es Mitautor Reiner Klingholz auf den Punkt. Die Politik dürfe daher nicht die mühsam erarbeitete neue Attraktivität der kleinen und größeren Zentren zurückfahren, damit es die Menschen zurück in die schrumpfenden Dörfer zieht. Im Gegenteil: Die neuen Metropolen mit ihrer Anziehungskraft könnten zu wichtigen Wachstumsmotoren bei ansonsten rückläufigen Einwohnerzahlen werden – „ein Glücksfall“, konstatiert die Studie.

Nachteilig ist, dass die expandierenden Großstädte junge Leute aus den ländlichen Regionen abziehen. Hier drohe eine „Abwärtsspirale aus Bevölkerungsrückgang und schwindender Infrastruktur.“ Zweifellos werden über kurz oder lang „einige kleinere Orte“ von ihren Bewohnern aufgegeben. Doch eine realistische Sicht ist unabdingbar, um das Beste aus der demografischen Entwicklung zu machen. So schaffen es nur wenige schrumpfende Kommunen, Familien anzuziehen. Wo das doch gelingt, muss ein familienfreundliches Umfeld erhalten werden, auch mittels unkonventioneller Konzepte. „Längeres gemeinsames Lernen, Schulverbünde mit Filialschulen, zeitweiser Fernunterricht, Zwergschulen oder flexible Betreuungszeiten in Kitas sind Möglichkeiten, die Angebote an die demografischen Veränderungen anzupassen.“ Wo hingegen die Ansiedlung junger Familien nicht in Schwung kommt, ist es kontraproduktiv, durch das Angebot günstigen Baulands im Außenbereich nachhelfen zu wollen. Damit handelt

sich die Gemeinde nur Landschaftszersiedlung und Erschließungskosten ein.

Zuzug von Flüchtlingen

Der Flüchtlingszustrom, empirisch nicht in die Untersuchung eingerechnet, bietet den Studienautoren zufolge durchaus Potenzial zur Milderung demografischer Probleme. Ob Flüchtlinge ihren Aufenthaltsort nur als Durchgangsstation oder als neue Heimat betrachten, hängt jedoch auch davon ab, ob die Gemeinden den Zuzug als Chance sehen oder nicht. „Wo sich Flüchtlinge (oder vor rund zwei Jahrzehnten Spätaussiedler) dauerhaft niedergelassen haben, konnten Schulen vor der Schließung bewahrt werden, wurde Leerstand zu Wohnraum, sind neue Geschäfte oder kleine Unternehmen entstanden (...)“

In kleinen Gemeinden tun Bürger und Verwaltung gut daran, gemeinsam neue Angebotsformen für schwindende Infrastrukturen zu konzipieren. Mobilitätsketten aus Linienbussen, mobile ärztliche Angebote und multifunktionale Dorfläden können der schwindenden Versorgung entgegenwirken. Gleiches gilt für Pflegenetzwerke und alternative Wohnformen. Mittelgroße Kommunen, die in Zukunft vermehrt von Ruhestandswanderern angepeilt werden, sollten mutig an ihrem altersfreundlichen Image polieren, raten die Studienautoren. Diese Kommunen hätten als lokale Versorgungszentren eine lebenswichtige Funktion auch für ihr

Umland.

Selbst wenn die Folgen des Strukturwandels vor Ort bisweilen bitter sind: „Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass sich der Strukturwandel nicht verhindern lässt und dass es schädlicher ist, ihn zu verzögern als ihn zu fördern.“

Manuel Stupina, Theresa Damm und Reiner Klingholz, Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.), Berlin 2016, 76 Seiten, [Download](#).

Asylverfahren: So macht es die Schweiz

Asylbewerber warten in Deutschland zu lange auf die Bearbeitung ihres Antrags, erteilte Bescheide sind oft fehlerhaft. Das deutsche System der Flüchtlingsaufnahme fällt im EU-Vergleich denkbar schlecht aus, lautet der Befund einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung. Ende Februar 2016 waren 393.000 Asylverfahren unbearbeitet, bis zu 500.000 Flüchtlinge konnten ihren Antrag noch nicht stellen, und das bei einer Verfahrensdauer von durchschnittlich 7,1 Monaten. Mit fatalen Konsequenzen: Die Eingliederung von Flüchtlingen wird behindert, die Glaubwürdigkeit der Politik leidet.

Es geht auch anders, meint Studienautor Dietrich Thränhardt. Einfach mal über den nationalen Tellerrand schauen, appelliert der Migrationsforscher an die deutsche Politik – am besten in die Schweiz.

Reform des Asylsystems in der Schweiz

Prinzipiell eignet sich die Alpenrepublik gut für einen Vergleich, da sie föderal verfasst ist und bereits in den 1990er Jahren viele Flüchtlinge, damals vom Balkan, aufgenommen hat. Welche Impulse zur Lösung der Flüchtlingsfrage könnten also von der Schweiz ausgehen? Schließlich hatte das Land selbst noch vor wenigen Jahren erhebliche Probleme bei der Bearbeitung anhängiger Asylverfahren. Zum Beispiel mussten Bewerber 2011 durchschnittlich 1.400 Tage auf ihren Entscheid warten. Schon 2012 aber ergriff die Regierung entschlossene Gegenmaßnahmen. Das Staatssekretariat für Migration, das Schweizer Pendant des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, wurde finanziell und personell vergleichsweise deutlich besser ausgestattet, zusätzlich das Asylsystem reformiert und effektiver gestaltet.

Klare Strukturen, zügiger Ablauf

„Schnelligkeit und Qualität“, nennt Thränhardt die Erfolgsformel des reformierten Schweizer Asylsystems. Ziel sei es, die

Asylverfahren von Anträgen mit geringer Aussicht auf Anerkennung zu entlasten, um aussichtsreiche Verfahren zügig durchführen und den Betroffenen lange Wartezeiten ersparen zu können. Die Details:

Beschleunigung der Asylverfahren: Dem liegt ein zweiteiliges Konzept zugrunde. Zunächst erfolgt die Einteilung in einfache und schwierige Verfahren. Einfache Verfahren (60 Prozent) mit geringen oder hohen Erfolgsaussichten werden zentral von den Bundesbehörden in sechs Dienststellen in „48 Stunden-Verfahren“ und „Fast-Track-Verfahren“ bearbeitet. Hierunter fallen vor allem Asylbewerber vom Westbalkan, aus Marokko und Nigeria. Antragsteller mit negativem Bescheid können Beschwerde einlegen, müssen die Schweiz aber im Falle einer neuerlichen Ablehnung in maximal 140 Tagen verlassen. Schwierige Fälle (40%), die etwa zusätzliche Nachforschungen erfordern, werden innerhalb eines Jahres entschieden.

Bei Annahme des Asylantrags ist das Verfahren innerhalb eines Monats abgeschlossen – die Integration kann beginnen. Die Beschwerde gegen eine Ablehnung muss innerhalb von zehn Tagen erfolgen, die Ablehnung verpflichtet zur Ausreise binnen sieben Tagen. „Es geht also um eine klare Strukturierung und um zügige Durchführung, gleichzeitig aber um eine mehrstufige Abklärung“, fasst die Studie zusammen. Das

Verfahren wird seit 2014 im Großraum Zürich erprobt und soll schrittweise auf die ganze Schweiz übertragen werden.

Rechtsbeistände für Flüchtlinge: Neben Schnelligkeit und Transparenz soll das Verfahren der Studie zufolge hohen rechtsstaatlichen Normen genügen. Rechtsbeistand, der vom Bund finanziert wird, sorgt bei den Bewerbern für mehr Akzeptanz und hilft aussichtslose Klagen zu vermeiden. Die Anwälte werden von der Schweizer Flüchtlingshilfe (SFH) bestellt, einem Zusammenschluss u. a. von Caritas, Evangelischer Kirche und Schweizerischem Arbeiterhilfswerk.

Finanzielle Hilfe: Bewerber mit wenig Aussicht auf Asyl erhalten finanzielle Hilfe zur Ausreise. Je schneller sie die Schweiz verlassen, desto höher sind die Zuschüsse. Solche freiwilligen Ausreisen sollen teure Abschiebungen („Ausschaffungen“) vermeiden.

Sozialhilfestopp: Für abgelehnte Antragssteller wurde schon 2008 die Zahlung von Sozialhilfe auf Nothilfe umgestellt. Damit soll ein deutlicher Anreiz zur Ausreise gesetzt werden. Der Bund trägt die Kosten, die Kantone regeln die Auszahlung unterschiedlich.

Integrierte Grenzverwaltung: Bund und Kantone stellen durch ein umfassendes Programm mit 68 Einzelmaßnahmen sicher,

dass Arbeitsabläufe koordiniert verlaufen. Hierzu gehört etwa der Zugriff durch unterschiedliche Behörden. „Angesichts offener Grenzen ist das Programm ein systematischer Ansatz, um die Effektivität der internen und externen Kontrollen zu maximieren und damit auch das Asylsystem funktionsfähig zu halten“, stellt Thränhardt fest.

Kostenübernahme: Die Kantone sind für Unterbringung, Verpflegung und gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden zuständig, der Bund trägt die Kosten. Durch diese Regelung hat der Bund „ein direktes materielles Interesse an einer zügigen und effektiven Abwicklung der Verfahren.“

Humanitäre Visa: Für Fälle besonderer individueller Gefährdung ist das humanitäre Visum vorgesehen. Es wird von den Botschaften und Konsulaten direkt im Ausland erteilt. „Vorbildlich ist diese Praxis, weil sie betroffene Menschen zielgenau erreicht und ihnen den Weg über Boote und Schlepper erspart.“ Allerdings stehe der Asylprozess politisch unter hohem Druck, hält die Studie fest. 2014 erhielten 4.722 Bewerber ein humanitäres Visum, 2015 waren es 1.721.

Was kann Deutschland lernen?

Deutschland könne das Modell zwar nicht blind kopieren, erklärte der Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, Jörg Dräger. Die

Asylreform der Schweiz zeige jedoch, dass der Spagat zwischen schnellerer Bearbeitung und mehr Qualität gelingen könne. Insgesamt, so stellt die Studie fest, habe die Schweiz ihr Asylverfahren im Vergleich zu anderen europäischen Ländern optimiert. Ungelöst seien die Fälle nach dem Dublin-Abkommen, denen nur in geringem Maße tatsächliche Überstellungen folgten. Ebenfalls problematisch sei der Status der „vorläufigen Aufnahme“, vergleichbar mit der deutschen Duldung, weil er die Integration der Betroffenen kaum fördere.

Trotz europaweit vorbildlichen Managements der Flüchtlingsaufnahme sieht Autor Thränhardt ein hohes Maß an Polemisierung in der öffentlichen Schweizer Diskussion. Volksabstimmungen könnten zur Abkehr von einigen vorbildlichen Elementen des Schweizer Asylverfahrens führen.

Bei der Frage nach dem Lerneffekt für Deutschland sei auch der rasche und beträchtliche Anstieg der Flüchtlingszahlen seit 2015 zu berücksichtigen. Unter solchen Bedingungen sei auch das reformierte Asylsystem der Schweiz unter starken Druck geraten. Dennoch lassen sich für Deutschland folgende Empfehlungen ableiten:

- Langfristige Koordinierung und Optimierung der Verwaltungsabläufe
- Klare, pragmatisch erarbeitete Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

- Kontinuierliche Rechtsberatung über das gesamte Verfahren hinweg

Fazit

Die Empfehlungen der Studie blieben hierzulande nicht unwidersprochen. So warnt die Flüchtlingshilfeorganisation „Pro Asyl“ vor einem „Turbo-Verfahren“, bei dem die tatsächliche Notlage der Asylbewerber nicht angemessen berücksichtigt werde. Auch die Diakonie fordert, weiterhin den persönlichen Einzelfall zu würdigen. Solchen Bedenken hält die Untersuchung entgegen, dass schnelle, gute und effektiv organisierte Verfahren allen Beteiligten helfen. „Sie ermöglichen anerkannten Flüchtlingen einen raschen Neuanfang, tragen zur Akzeptanz in der Aufnahmegesellschaft bei und reduzieren die Kosten für die Unterbringung.“

Dietrich Thränhardt, Schnelligkeit und Qualität – Impulse aus der Schweiz für faire Asylverfahren in Deutschland. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, März 2016, 22 Seiten, [Download](#).

Pflege

Ambulante Pflege: „Erhebliche Lücken im Personalbereich“

Die Probleme im ambulanten Pflegesektor sind bekannt. Doch wer die Situation aus Sicht der Entscheider einschätzen möchte, findet im neuen „Pflege-Thermometer“ eine nützliche Bestandsaufnahme zur Personal- und Finanzierungssituation mit ausführlichen Empfehlungen zum Reformbedarf in der häuslichen Pflege. Die Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung (DIP) basiert auf der bundesweiten Befragung von 1.653 Leitungskräften der ambulanten Pflege, nach Auskunft des DIP die bislang größte Erhebung dieser Art. Die Brisanz derart praxisbezogener Erhebungen ist unverkennbar. Denn sämtliche von der Politik forcierten Maßnahmen zur Stärkung des ambulanten Sektors kommen an einer zentralen Aussage nicht vorbei: „Die Studie offenbart erhebliche Lücken im Personalbereich. Wir müssen einen gravierenden Fachkräftemangel in der ambulanten Pflege feststellen“, bilanziert Studienleiter Michael Isfort. Die Untersuchung wurde von der B. Braun-Stiftung gefördert und von Pflegelotsen des Verbands der Ersatzkassen e.V. unterstützt.

Aktuelle Situation der ambulanten Pflege

12,34 Mrd. Euro entfielen 2014 auf die nicht-stationäre Versorgung, davon 5,94 Mrd. auf Pflegegeld für die Familie (vollstationäre Versorgung: 10,26 Mrd. Euro). Der für die ambulanten Dienste relevante Bereich der Sachleistungen schlug mit 3,56 Mrd. Euro zu Buche. Für Verhinderungspflege,

Tages- und Nachtpflege, zusätzliche ambulante Betreuungsleistungen und Kurzzeitpflege wurden 1,9 Mrd. Euro verausgabt, auf Pflegehilfsmittel entfielen 0,66 Mrd. Euro.

Die Bedeutung des ambulanten Sektors lässt sich an einigen markanten Zahlen ablesen. 12.745 ambulante Pflegedienste versorgten bundesweit mehr als 615.000 Personen (23,5 Prozent aller Pflegebedürftigen), was einer Zunahme von 48,3 Prozent seit 1999 entspricht. Die Anzahl der Pflegedienste stieg zwischen 1999 und 2013 um 2.000 Betriebe (+18 %). Mit der Zunahme der Pflegebedürftigen wuchs die Zahl der Beschäftigten von 184.000 auf 320.000 an (+75 %). „Die ambulante Versorgung pflegebedürftiger Menschen ist bundesweit ein Sektor mit weiterhin steigenden Kennzahlen in der Versorgung, der Beschäftigung und den Leistungsausgaben“, stellt die DIP-Studie fest.

Bei den ambulanten Diensten in der Stichprobe der Untersuchung handelt es sich überwiegend um kleinere und primär eigenständige Einrichtungen (80 %) vor allem in privater Trägerschaft (55 %). Die Versorgung umfasst durchschnittlich 63 Personen mit Leistungen nach SGB XI (Pflegeversicherung) und 67 Personen mit Leistungen nach SGB V (Krankenversicherung). Die Dienste beschäftigen im Schnitt 17 Mitarbeiter als qualifizierte Pflegefachkräfte und 19 Beschäftigte aus anderen Professionen inklusive Pflegeassistenten. Lediglich rund 4,4 Prozent der ambulanten Pflegedienste sind eigenen

Angaben zufolge „substantiell in ihrer Existenz bedroht“. Beim Umsatz fallen die Leistungen nach SGB XI mit rund 49 Prozent etwas höher als bei häuslicher Krankenpflege und Haushaltshilfe nach SGB V (44 %). Die restlichen Umsätze resultieren aus privat finanzierten Leistungen. 49,9 Prozent aller Pflegedienste bestätigen eine Erlössteigerung gegenüber dem Vorjahr, aber nur 8,8 Prozent sind der Auffassung, dass die Erlöse auch Spielräume für strategisch wichtige Ausgaben öffnen, etwa für zusätzliches Personal.

Insbesondere bei der häuslichen Betreuung konkurrieren die Dienste mit Anbietern aus dem Ausland. Rund fünf Prozent der Pflegebedürftigen, die von den befragten ambulanten Pflegediensten betreut werden, beschäftigen eine ausländische Haushalts- und Betreuungskraft. Jeder sechste Dienst stellte einen angefragten Kontakt her, besagt die Studie.

Wirtschaftliche Risiken der ambulanten Dienste

Grundsätzlich, so ein Ergebnis, blicken die befragten Verantwortlichen jedes zweiten Pflegedienstes optimistisch in die Zukunft. Sie möchten die Zahl der Klienten, den Umsatz und die Personalstärke erhöhen. Allerdings dämpfen einige Faktoren den Optimismus.

- **Personallücke** Die Branche verbucht je nach Modellrechnung einen Mangel von 21.230 bis 37.200 Pflegefachkräften (Vollzeitäquivalente). Limitierende Faktoren der Rekrutierung sind die regionale Herkunft der Bewerber, der geringe Anteil angebotener Vollzeitstellen und der hohe Aufwand für die Besetzung offener Stellen. Mehr als jeder zweite Dienst konnte bereits speziellen Versorgungsanfragen von Pflegebedürftigen nicht nachkommen und verspürte daher erlösrelevante Konsequenzen des Personalmangels. Die Zukunft verheißt in diesem Punkt nichts Gutes: „Den weiter steigenden Versorgungsbedarfen der Bevölkerung (...) steht eine Zunahme des altersbedingten Ausscheidens von Pflegekräften (...) gegenüber.“
- **Tarifanpassung** Die Vorgabe des Pflegestärkungsgesetzes I (2015), wonach die Kostenträger tarifvertragliche Vergütungen nicht mehr als unwirtschaftlich ablehnen können, ist noch längst nicht flächendeckend umgesetzt. Nur jeder vierte Dienst konnte eigenen Angaben zufolge entsprechende Personalkostensteigerungen bislang geltend machen. Ähnlich sieht es mit Sachkostensteigerungen aus.
- **Nicht kostendeckende Pflegeleistungen** Zahlreiche professionell notwendige, zum Teil gesetzgeberisch vorgeschriebene Leistungen können nicht kostendeckend erbracht werden. Dazu zählen etwa erhöhte Betreuungszeiten in Krisensituationen und bei der Sterbebegleitung, Anfahrtswege von mehr als 25 Minuten

sowie Beratungsbesuche, die im Rahmen der Pflegeversicherung vorgeschrieben sind (§ 37 Absatz 3 SGB XI).

Was sich ändern muss

Die Studie nennt vier Empfehlungen zur Verbesserung der Situation:

Empfehlung I: Pflegeausbildung und Bildungsplanung stärken

Der Rat der Studienautoren, der Ausbildung des eigenen Nachwuchses mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, richtet sich zunächst an die Betriebe selbst. Der Bestand von durchschnittlich 1,7 Schülerinnen der Altenpflege in ambulanten Diensten (insgesamt 2.140) reicht zur spürbaren Reduzierung des Personalmangels nicht aus. „Dies scheint den ambulanten Diensten bewusst zu sein und rund 58 Prozent geben an, zukünftig verstärkt ausbilden zu wollen, um den eigenen Nachwuchs zu qualifizieren.“

Darüber hinaus sollten auch die Pflegeschulen der Krankenhäuser vermehrt Verantwortung nicht nur für die Gesundheits- und Krankenpflege, sondern auch zugunsten der ambulanten sowie der teil- und vollstationären Pflege wahrnehmen, meinen die Wissenschaftler. Dies gelte nicht nur hinsichtlich des Prinzips „ambulant vor stationär“, sondern auch

bezüglich der wohnortnahen Versorgung, der Versorgung von Menschen mit Hilfebedarfen in neuen Wohnformen sowie spezialisierter Hilfebedarfe wie der außerklinischen Beatmung. Unmissverständlich fordern sie eine „deutlich erhöhte Ausbildungsbereitschaft der Krankenhäuser“, mehr finanzielles Engagement der Krankenkassen und vor allem eine bundesweit sektorenübergreifende Planung der Ausbildungskapazitäten.

Empfehlung II: Teilzeitarbeit reduzieren

Erhöhte Ausbildungszahlen können den Fachkräftemangel nur teilweise und dann auch nur mittelfristig mildern. Daher zähle auch die Mobilisierung von innerbetrieblichem Arbeitskräftepotenzial. Als Beleg führt die Studie den starken Rückgang von Altenpflege-Vollzeitstellen im ambulanten Dienst zwischen 2001 und 2013 an (von 50 auf 35,5 Prozent, beispielhaft in Nordrhein-Westfalen).

Zwar entspricht Teilzeitarbeit in hohem Maße den besonderen Bedingungen der Arbeitsplanung ambulanter Dienste, gleichzeitig gilt es, Vollzeitarbeit attraktiver zu machen. Betriebe sollten Arbeitsverträge entfristen und zusätzliche Anreize schaffen – etwa durch zusätzliche Bildungsangebote (Fortbildung, Tagungen), finanzielle Anreize (betriebliche Altersvorsorge, Leistungszulagen, Flexibilitätsbonus) und alltagspraktische Unterstützung (Organisation von Kinderbetreuung).

Empfehlung III: Leistungszuschläge aufnehmen

Eine Anpassung an den realen Aufwand oft erheblicher Beratungsleistungen wurde bislang versäumt, sollte aber im Kontext des Pflegestärkungsgesetzes III weit oben auf die Agenda rücken, raten die Wissenschaftler. „Beratungsleistungen (...) sind ein elementarer Bestandteil der pflegerischen Arbeit und werden angesichts immer komplexer werdender Situationen zunehmend bedeutsam“ – für Pflegebedürftige und für ratsuchende Angehörige gleichermaßen.

Ein weiterer Risikobereich nicht kostendeckender Leistungen betrifft die Pflege in der Fläche. Anfahrtswege über 16 km, noch dazu mit einem höheren Zeitaufwand, sind trotz Haushaltspauschale potenziell unterfinanziert und setzen Pflegebedürftige der Gefahr aus, keinen Zugang zu ambulanter Versorgung zu bekommen. Notwendig sind dem Aufwand angepasste Zuschlagsregelungen, analog zu den Sicherstellungszuschlägen der ärztlichen Versorgung.

Empfehlung IV: Netzwerkarbeit strukturiert fördern

Länder und Kommunen sind gefragt, Mittel und Konzepte zur Beteiligung der Pflegedienste an der Entwicklung zukunftsfähiger Sozialraumstrukturen anzubieten. Dabei geht es um Themen wie Wohn- und Pflegeberatung, Quartierstützpunkte, stationäre und ambulante Pflegeinfrastruktur und haushaltsnahe

Dienstleistungen. Pflegedienste sind häufig derartig ins Tagesgeschäft eingebunden, dass sie bei der Entwicklung entsprechender Netzwerke kaum gestaltend mitwirken können. Die Politik hat das Problem zwar längst erkannt, ohne konkrete Förderung der Netzwerkbildung bleibe es aber auch künftig bei theoretischen Erörterungen und folgenlosen Appellen, mahnen die Studienautoren.

Empfehlung V: Entbürokratisierung fortführen

Das Pflege-Thermometer belegt die „nahezu vollständige Zustimmung“ der Dienste zur vom Bundesgesundheitsministerium initiierten Neustrukturierung der Pflegedokumentation. Diesem ersten richtigen Schritt zur administrativen Vereinfachung stünden allerdings neue Belastungen durch Novellierungen des Leistungsrechts sowie Gesetzesreformen im Bereich des SGB V und SGB XI gegenüber. Neben dem Gesetzgeber sind auch die Krankenkassen gefragt, etwa bei einer rascheren Prüfung und Bewilligung von Verordnungen.

Wünschenswert ist aber nicht nur der Bürokratieabbau. Hinzukommen sollte aus Sicht der ambulanten Dienste die Förderung innovativen Technikeinsatzes, der die effiziente Vernetzung mit Ärzten, Kranken- und Sanitätshäusern unterstützt.

Michael Isfort / Frank Weidner (Projektleitung), Pflege-Thermometer 2016. Eine bundesweite Befragung von

Leitungskräften zur Situation der Pflege und Patientenversorgung in der ambulanten Pflege. Herausgegeben vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung e. V., Köln, April 2016, 143 Seiten. Download.

Pflegequalität: Großes Informationsbedürfnis, wenig Vertrauen

Wer Hilfe durch einen Pflegedienst oder in einer stationären Einrichtung braucht, steht vor einschneidenden persönlichen Entscheidungen. Kaum ein Ereignis in einem Menschenleben, das dermaßen in die Privatsphäre eingreift und Selbstbestimmtheit und Wohlbefinden beeinflusst. Wer diesen Schritt für sich selbst oder für seinen Angehörigen geht, möchte genau wissen, worauf er sich einlässt. Er wünscht sich solide Informationen, vertrauenswürdigen Rat und zuverlässige Entscheidungskriterien.

Doch genau daran hapert es hierzulande. Eine kürzlich vorgestellte repräsentative Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) ergab große Skepsis hinsichtlich der Qualität deutscher Pflegeeinrichtungen (Stichprobengröße: 2.003 Befragte). Mehr als zwei Drittel der Befragten (70 %) sind von erheblichen Qualitätsunterschieden von Einrichtung zu Einrichtung überzeugt. Fehlendes Personal und Arbeitsüberlastung gilt als Hauptursache für Missstände (71 %). Ein Armutszeugnis für die Pflegeversorgung hierzulande (dazu auch „Vertrauen in die Pflege fehlt“, BFS-Trendinfo 9/15).

Hintergrund: Pflegenoten in der Kritik

1,38 Millionen Personen nehmen professionelle Pflegeleistungen in Anspruch, 12.700 ambulante Dienste und knapp 13.000 Pflegeheime decken den Bedarf ab. Pflegebedürftige sind auf zuverlässige Informationen angewiesen, um benötigte Leistungen qualitätsgeprüft und maßgeschneidert auswählen zu können. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWG) weist dem Benotungssystem („Pflege-TÜV“) dabei eine wegweisende Rolle zu. Es soll Leistungen und Qualitätsstandards von Pflegeanbietern verständlich, übersichtlich, vergleichbar und kostenfrei darstellen. Diese Erwartungen haben sich jedoch nicht erfüllt. „Das aktuelle Notensystem ist (...) aussageschwach und gilt vielen Experten als wenig brauchbar, da es wenig belastbare Informationen über die tatsächliche Pflegequalität der einzelnen Angebote bietet.“ Außerdem bildet die Benotung wichtige Aspekte von Pflegequalität zu wenig ab.

Pflegequalität aus Verbrauchersicht

Im Rahmen des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) werden Kriterien für einen aussagekräftigen Qualitätsvergleich weiterentwickelt. Sie sollen Anfang 2018 in der stationären Pflege und 2019 in der ambulanten Pflege wirksam werden. Doch welche Informationen sind wirklich wichtig und unverzichtbar? „Tatsächlich ist die Verbrauchersicht bislang wenig untersucht“, stellt die vorliegende Studie fest. Daher will

das ZQP noch in diesem Jahr zusammen mit dem AOK-Bundesverband und der Charité-Universitätsmedizin eine großangelegte repräsentative Studie zur Relevanz von Qualitätskriterien aus Sicht von Pflegebedürftigen und Angehörigen durchführen. Die jetzt vorgestellte Publikation weist in dieselbe Richtung: „Ziel der vorliegenden repräsentativen Bevölkerungsbefragung war es, Meinungen von tatsächlichen und potenziellen Nutzern zum Thema Pflegequalität zu erfassen, Vorstellungen über Verbesserungsmöglichkeiten zu eruieren und einen Überblick über die subjektiven Informationsbedürfnisse zu erhalten.“

Zentrale Studienergebnisse

Insgesamt zwei Drittel aller Befragten (66 %) halten sich durch die Medien regelmäßig über Pflege Themen auf dem Laufenden (z. B. Gesetzesänderungen, Diskussionen, Berichte). Das Informationsinteresse nimmt mit eigener Betroffenheit im Pflegekontext zu: 54 Prozent der Interessierten verfügen über keine eigenen Erfahrungen, 68 Prozent haben pflegebedürftige Personen im sozialen Umfeld, 83 Prozent haben persönliche Pflegeerfahrung.

Fast allen Befragten (96 %) sind verlässliche Informationen über die Qualität professioneller Pflegeangebote im Bedarfsfall wichtig bzw. sehr wichtig. Dies gilt auch und gerade für Entscheidungen unter zeitlichem Handlungsdruck oder bei ökonomischen

Zwängen.

Welche Informationen wären im Falle einer Auswahl des passenden Angebots wichtig? Die Antworten der Befragten: fachliche Kompetenz (77 %), Qualifikation des Pflegepersonals (51 %), personelle Ausstattung (46 %), besondere Leistungsangebote, z. B. Pflege bei Demenz (32 %), individuelle Sterbebegleitung (32 %), spezielle Pflegekonzepte (35 %).

Die meisten Menschen würden sich bei der Auswahl eines Pflegeangebots vor allem auf Empfehlungen von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen (53 %) oder den eigenen Eindruck beim Kontakt mit dem Anbieter verlassen (38 %). Die Bewertung von offizieller Stelle, etwa per Prüfsiegel, wäre nur für wenige Befragte (5 %) maßgeblich.

Knapp ein Viertel der Befragten mit Pflegeerfahrung (22 %) hat schon einmal die Pflegenoten eingesehen, 40 Prozent ist dieses Bewertungssystem allerdings unbekannt. 53 Prozent halten Pflegenoten für ein ungeeignetes Messinstrument. 19 Prozent hingegen finden Pflegenoten prinzipiell gut, meinen aber, dass die Bewertungsmaßstäbe unpassend sind (7 %) oder die Notenvergabe stärker kontrolliert werden müsste (7 %).

16 Prozent der Befragten finden Pflege-Bewertungsportale im Internet nützlich, für 39 Prozent gilt das erst ab einer bestimmten Anzahl an Bewertungen pro Anbieter. Ebenfalls 39 Prozent

halten solche Portale im Pflegebereich nicht für hilfreich.

*Zentrum für Qualität in der Pflege, ZQP-Bevölkerungsbefragung
„Qualität professioneller Pflegeangebote“, Berlin, April 2016, 17
Seiten, [Download](#).*

Einschätzung der Pflegequalität

Den größten Verbesserungsbedarf in der Pflege sehen die Befragten im Bereich der persönlichen Kommunikation und Zuwendung (85 %). Das Pflegepersonal sollte sich mehr Zeit nehmen, so die Erwartung.

Mehr als zwei Drittel der Befragten (71 %), die erhebliche Mängel in der professionellen Pflege vermuten, sehen die Ursache in fehlendem Personal und daraus resultierender Überlastung.

Die wichtigsten Aspekte zum Patientenschutz sind nach Auffassung der Befragten Medikamentensicherheit (74 %), Hygiene (63 %) und Schmerzmanagement (53 %).

Transparenzversprechen einhalten

„Unsere Ergebnisse untermauern, dass wir Pflegebedürftige und ihre Nächsten, aber auch die in der Pflege Tätigen bei der Darstellung von Pflegequalität mehr als bisher ernst nehmen müssen. Transparenzversprechen dürfen keine Mogelpackung sein“, kommentiert Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP. Der derzeit laufende Reformprozess sei eine Chance, ein belastbares Bewertungs- und Darstellungssystem zu liefern.

Gesundheit

TK-Bewegungsstudie: Deutschland ist geteilt

25 Jahre nach der Wiedervereinigung stellte die Techniker Krankenkasse (TK) im April 2016 fest: Deutschland ist geteilt. Allerdings nicht in Ost und West, sondern in Bewegte und Unbewegte. Dies verdeutlicht ihre Studie "Beweg Dich, Deutschland!". Danach ist nur die Hälfte der Menschen in Deutschland sportlich aktiv – in unterschiedlicher Intensität.

Es ist bereits die dritte Bewegungsstudie der TK. Sie basiert auf einer Vielzahl anonymisierter Daten, deren Analyse Rückschlüsse auf Verhaltensweisen, Risiken und Belastungen der Versicherten ermöglicht. Krankenscheine und Arzneimittelverordnungen offenbaren, auf Grund welcher Beschwerden und wie lange Beschäftigte oder Empfänger von Arbeitslosengeld krankgeschrieben werden. Diese Daten wurden durch Befragungen noch unterlegt und plausibilisiert.

Datenbasis der dritten TK-Bewegungsstudie

Im Januar 2016 hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa 1.210 deutschsprachige Personen ab 18 Jahren in computergestützten Telefoninterviews zu ihrem Bewegungsverhalten in Alltag, Freizeit und Beruf befragt. Die Interviewten repräsentieren den Querschnitt der volljährigen Bevölkerung in Deutschland. Gewichtet wurde die Personenstichprobe nach Geschlecht, Alter, Bildung und Region. Die Bundesländer wurden teilweise in Gruppen zusammengefasst. Zur norddeutschen Ländergruppe gehörten Bremen, Hamburg, Niedersachsen,

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Zum Südwesten der Republik zählten Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Berlin und Brandenburg wurden ebenfalls gruppiert sowie die süd-östlichen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg blieben als Einzeleinheiten bestehen.

Sportler, Gelegenheitssportler, Sportmuffel oder Antisportler?

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

Feierabend auf der Couch Vier von zehn verbringen den Feierabend auf der Couch. Vor allem Frauen zieht es erschöpft auf die Couch. So gibt fast jede zweite Befragte an, dass ihr Arbeitstag sehr anstrengend ist und sie sich abends am liebsten in die Polster flüchtet. Bei den Männern ist es nur etwas mehr als ein Drittel.

In Berlin und Brandenburg sucht jeder Zweite abends das Sofa auf. In Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland gilt das nur für knapp jeden Dritten. Allerdings leben in diesen Bundesländern auch die meisten Bewegungsmuffel: Vier von zehn Menschen bewegen sich bei ihren alltäglichen Wegen draußen zu Fuß oder mit dem Rad nicht mehr als 30 Minuten am Tag.

Fast jeder Zweite ist Sportmuffel oder Antisportler Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt 2,5 Stunden moderates Training die Woche. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: 30 Prozent der Bundesbürger treiben wenig Sport (Sportmuffel), davon 18 Prozent sogar gar nicht (Antisportler). Nur knapp 30 Prozent der Bevölkerung sind Gelegenheitssportler, die entsprechend der WHO-Richtlinie trainieren.

Zwei Drittel messen Trainingserfolge digital

Bei sportlich Aktiven in Deutschland, die einen digitalen Trainingsbegleiter nutzen, sind Pulsuhren besonders beliebt: Mit 44 Prozent werden diese technischen Helfer am häufigsten verwendet, dicht gefolgt von Fitness-Apps oder E-Coaches. Zwei von drei Sportlern wollen mit dem digitalen Trainingsbegleiter vor allem ihre Fortschritte und Trainingserfolge messen und dokumentieren. 63 Prozent überwachen ihre Körperfunktionen.

Jeder Siebte ist mit seiner Gesundheit unzufrieden

Über die Hälfte der Erwachsenen in Deutschland (55 Prozent) ist nach eigener Aussage bei guter oder sehr guter Gesundheit. Drei von zehn geben sich zumindest ein zufriedenstellend. Jeder Siebte bezeichnet seinen Gesundheitszustand als weniger gut oder sogar schlecht.

Jeder vierte Antisportler klagt über seine Gesundheit

Sportliche Betätigung und Gesundheit hängen zusammen:

Während jeder vierte Antisportler (25 Prozent) über seine Gesundheit klagt, ist es bei den Gelegenheitssportlern nur jeder Vierzehnte (7 Prozent).

Jeder Dritte hat ständig oder öfter Rückenprobleme Fast jeder dritte Erwachsene in Deutschland hat nach eigener Aussage „Rücken“. Gut ein weiteres Drittel gibt an, ab und zu Beschwerden zu haben. Fast jeder Zehnte hatte früher bereits einmal Rückenprobleme, heute jedoch nicht mehr. Nur ein Viertel der Menschen in Deutschland hatte noch nie Kreuzschmerzen.

Mäßige Bewegung im Job bedeutet weniger gesundheitliche Beschwerden

Berufstätige, die fast nur im Sitzen arbeiten, und Berufstätige, die sich im Job intensiv bewegen, klagen häufiger über Beschwerden des Bewegungsapparats als Menschen, die sich bei der Arbeit mäßig bewegen.

Zwei Drittel bewegen sich im Alltag nicht einmal eine Stunde

Für viele Menschen in Deutschland gibt es bei den alltäglichen Wegen ungenutztes Bewegungspotenzial. So bewegt sich ein gutes Drittel weniger als eine halbe Stunde am Tag, ein weiteres bleibt unter einer Stunde und nur 29 Prozent schaffen mindestens 60 Minuten oder mehr. Immerhin sechs von zehn Personen bringen mit Alltagswegen ihren Kreislauf länger als 30 Minuten am Tag in Schwung. Alles zusammengerechnet (arbeiten, essen, fernsehen und Ähnliches) verbringen die

Menschen hierzulande durchschnittlich 6,5 Stunden täglich im Sitzen. Mehr als jeder Fünfte kommt sogar auf neun Stunden und mehr.

Gründe für den Bewegungsmangel

An der Spitze der Ausreden der Sportmuffel befinden sich zu große Entfernungen (47 Prozent) und Zeitmangel (45 Prozent). Besonders bei den 18- bis 39-Jährigen werden diese Gründe mit 59 Prozent überdurchschnittlich oft genannt. In Berlin und Brandenburg fehlt es vier von zehn Befragten nicht nur an Zeit, sondern auch überdurchschnittlich oft an Motivation, sich im Alltag mehr zu bewegen. In den südöstlichen Ländern sind es nur 16 Prozent, die sich nicht aufraffen können.

Bewegungsfalle Bildschirm

Fast ein Viertel der Befragten kommt auf eine tägliche Bildschirmzeit von vier bis sieben Stunden. Vier Prozent kommen sogar auf mindestens acht Stunden. Während die Antisportler angeben, durchschnittlich knapp vier Stunden am Tag vor dem Bildschirm zu verbringen, sind es bei denen, die wenigstens gelegentlich Sport treiben, nur 2,8 Stunden. Diejenigen, die ihre eigene Gesundheit als gut oder sehr gut bezeichnen, kommen im Mittel ebenfalls auf 2,8 Stunden, bei denen, die sich nicht gesund fühlen, schlagen 4,3 Stunden Bildschirmzeit zu Buche.

Besserung in Sicht

Die gute Nachricht: Auch wenn die Menschen in Deutschland noch weit davon entfernt sind, sich ausreichend zu bewegen, sind sie mittlerweile aktiver. Vor drei Jahren stellten die Antisportler und Sportmuffel mit 52 Prozent die Mehrheit. 2016 sind sie nur noch in Teilen der Republik (in Berlin, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland) in der Mehrheit. Im Norden gibt es ein Patt und im Süden und im Westen haben die Sportler die absolute Mehrheit zurückerlangt.

Das Image von schäbigen Muckibuden haben Fitnessstudios erfolgreich abgelegt. Frauen und Männer jeden Alters trainieren mittlerweile dort. 36 Prozent der Sportler gaben an, im Fitnessstudio zu trainieren. Fahrradfahren, bei der Bewegungsstudie von 2013 noch auf dem ersten Platz, liegt jetzt hinter dem Workout an Geräten und in Kursen.

König Fußball

Der Lieblingssport der Deutschen, Fußball, landet erst auf dem sechsten Platz. Welche Sportart die Menschen in Deutschland am liebsten betreiben, ist auch eine Frage des Alters: Bei den 18- bis 39-Jährigen und der Generation 60 plus steht Fitnessstraining auf dem ersten Platz. Die mittlere Generation zwischen 40 bis 59 Jahren schwingt sich am liebsten aufs Rad.

57 Prozent der Männer ziehen ihr sportliches Training am liebsten ohne Gesellschaft durch. Frauen setzen eher auf ein gemeinsames Sportprogramm: 40 Prozent gehören einem Team an oder besuchen einen Kurs. Im Vergleich: Bei den Männern ist es nur jeder Vierte.

Gesundheit ist der Hauptmotivator

Bewegung ist gut für die Gesundheit, und genau das ist auch der Grund, weshalb die meisten Sportler aktiv sind. Neun von zehn geben diesen Zusammenhang als ihr Motiv an. Auch Spaß spielt in allen Altersgruppen eine große Rolle.

Anreize für Antisportler und Sportmuffel, sportlich aktiv zu werden sind u. a. gesundheitliche Beschwerden, finanzielle Förderung durch die Krankenkasse, die Versicherung oder den Arbeitgeber, der Erhalt der Attraktivität für den Partner und bessere Karriereaussichten.

„Damit es langfristig läuft, muss Motivation intrinsisch sein, also aus jedem selbst heraus kommen. Jede Aufgabe fällt uns leichter, wenn wir sie als sinnvoll empfinden“, sagt Prof. Dr. Jan Mayer von der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement Saarbrücken. Jeder müsse seine Strategien entwickeln – zum Starten und Durchhalten. Wichtig dabei: Etwas finden, das Spaß macht und konkrete, erreichbare Ziele setzen.

Wenn Sie sich wissen wollen, was die TK-Bewegungsstudie 2016 noch herausgefunden hat, finden Sie sie [hier](#).

Schulprojekt „fit4future“: Nachhilfe für die Gesundheit

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Das gilt natürlich auch für Hannah, Ben, Finn & Co.: In jungen Jahren lernt es sich besser. Und was einmal sitzt, vergisst man nicht mehr so schnell. Bewährte Einsichten, die wohl auch am Anfang der gemeinsamen Präventionsinitiative der Krankenversicherung DAK-Gesundheit und der Cleven-Stiftung „fit4future“ stehen. Ziel ist die umfassende Gesundheitsförderung von Kindern im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren, der Weg dorthin führt über mehr Bewegung, gesunde Ernährung, konzentriertes Lernen und Stressbewältigung. „Resultat ist ein ganzheitlicher Setting-Ansatz im Sinne des neuen Präventionsgesetzes“, heißt es bei der DAK. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe ist Schirmherr des Projekts.

Um die Gesundheit steht es nicht zum Besten

Grundlage von „fit4future“ ist die Forsa-Erhebung zur Gesundheit von Schülern und Lehrern im März 2016. Dazu wurden bundesweit 500 Lehrkräfte mittels computergestützter Telefoninterviews zu ihrem Gesundheitszustand und zu dem von Schülern der Klassen eins bis sechs befragt. Die wichtigsten Erkenntnisse:

Gesundheitszustand der Schüler

Fast 70 Prozent der Lehrer sind der Auffassung, dass sich der Gesundheitszustand der Schüler in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert hat. 20 Prozent davon meinen sogar, dass er sich stark verschlechtert habe. Abzulesen ist das an Konzentrationsstörungen (54 %), Verhaltensauffälligkeiten (45 %), motorischen Defiziten (36 %), psychosomatischen Problemen (27 %) und Übergewicht (14 %). Vor allem innerhalb der ersten vier bis sechs Schuljahre nahmen 31 % der Lehrer eine Zunahme von gesundheitlichen Beeinträchtigungen wahr.

Die Lehrkräfte beobachten eine wachsende Stress-Belastung der Schüler – mit folgenden Ursachen: Reizüberflutung durch Fernsehen, Smartphone und Computer (91 %), Erwartungsdruck der Eltern (83 %), zu wenig selbstbestimmte Zeit (59 %), zu viele außerschulische Aktivitäten (45 %), schulische Leistungsanforderungen (36 %).

Der daraus resultierende psychische Druck beeinträchtigt das Schulklima. Folglich haben Mobbing und Gewalt in den vergangenen zehn Jahren „etwas zugenommen“ (39 %) oder sogar „stark zugenommen“ (10 %).

Diese Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit schulischer Gesundheitsförderung. Doch wie steht es konkret darum? 35

Prozent der Befragten sagen, dass Schüler an ihren Schulen nur zwei Stunden Sportunterricht pro Woche bekommen, 59 Prozent nennen drei Stunden. Knapp 60 Prozent äußern, dass es an ihrer Schule Bewegungsangebote für die Pausen gibt, 57 Prozent erwähnen Programme zur Gewalt- und Mobbing-Prävention. Weiterhin genannt werden Angebote gesunder Speisen und Snacks (35 Prozent), regelmäßig in den Unterricht integrierte Bewegungseinheiten abseits des Schulsports (29 %) sowie Rückzugs- und Entspannungsmöglichkeiten für Schüler (18 %).

Gesundheitszustand der Lehrer

87 Prozent sind mit ihrem Beruf zufrieden, nur auf eine Minderheit (13 %) trifft das nicht zu. Allerdings machen den Lehrern gesundheitliche Belastungen im Berufsalltag zu schaffen. Ursächliche Faktoren sind der Umgang mit verhaltengestörten Kindern (64 %), Lärm (61 %), Unterricht in stark leistungsheterogenen Klassen (51 %), außerunterrichtliche Aufgaben (47 %) und Konflikte mit Eltern (40 %).

Drei Viertel der befragten Lehrkräfte (73 %) sind in den vorangegangenen Monaten einmal oder mehrfach zur Arbeit gegangen, obwohl sie besser eine Krankheit auskurieren hätten (Präsentismus). Jeder vierte Lehrer (25 %) sorgt sich, dass er wegen körperlicher oder psychischer Anforderungen

seinem Beruf nicht gewachsen ist und daher vorzeitig in den Ruhestand gehen muss.

Die Schule – ein Ort ganzheitlicher Gesundheit

„fit4future“ ist nicht das erste Präventionsprogramm der DAK und nicht das einzige, mit dem Krankenkassen dem schwächelnden Nachwuchs zu Leibe rücken. Dennoch reklamieren die DAK-Verantwortlichen für ihre neue Initiative Einzigartigkeit: In den nächsten fünf Jahren nehmen 600.000 Schüler an 2.000 Schulen teil, womit es sich um eine der größten Präventionskampagnen an deutschen Schulen handele. Damit die gesunde Botschaft ankommt, sind die Lehrer als Mittler und Adressaten des Programms angesprochen, letztlich auch als Vorbild für die Idee der gesunden Schule.

Jede teilnehmende Schule wird drei Jahre lang bei der Umsetzung begleitet. Lehrer-Workshops, Aktionstage für Eltern und vielfältiges Unterrichtsmaterial helfen dabei. „Alle Maßnahmen sollen die Entwicklung der Schule zu einem Ort der Gesundheit unterstützen. Punktuelle Aktivitäten helfen nicht weiter“, begründet eine DAK-Sprecherin gegenüber der BFS-Trendinfo. Die Evaluation des Programms obliegt dem Zentrum für Prävention und Sportmedizin der TU München.

Vier Module, sechs Bausteine

Die drei Kernmodule von „fit4future“ – Bewegung, Ernährung und Brainfitness – werden durch das Modul „Verhaltensprävention/System Schule“ ergänzt. Es enthält sechs Bausteine. Jede Schule kann daraus entsprechend ihren Erfordernissen zwei Elemente wählen:

- Gesunde Schule als Leitbild
- Lehrgesundheit
- Netzwerk Bewegung
- Gesunde Schulverpflegung
- Schule als gesunder Raum
- Erfolgreiche Elternarbeit

Waldorf-Pädagogik hält gesund

Die Forsa-Erhebung macht deutlich, dass Gesundheitsförderung im deutschen Schulwesen reichlich Nachhilfe braucht. Dabei geht es nicht nur um die Befähigung, den Leistungsanforderungen nachzukommen. Viel zu selten werden Gesundheit, Fitness und mentale Ausgewogenheit als Bestandteil eines umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrags berücksichtigt. Ein positives Beispiel bietet die Waldorf-Pädagogik. Das Konzept der „Salutogenese“ (Gesunderhaltung) bestimmt die Entwicklung

körperlicher, geistiger und seelischer Talente in ihrer wechselseitigen Bedingtheit. So werden beim „Bewegten Klassenzimmer“ Tische und Bänke kurzerhand zum Parcours umgebaut, in dem die Kinder Geschicklichkeit und Selbstsicherheit trainieren. Freiwillige sportliche Zusatzangebote auf dem Pausenhof oder im Klettergarten verbinden Bewegungen mit Spaß, im Gartenbauunterricht lernen die Schüler die Voraussetzungen gesunder Ernährung kennen. Das Prinzip der Eurythmie führt im steten Wechsel von Bewegung und kognitivem Lernen durch den Schulalltag. Mehrere wissenschaftliche Studien sollen die gesundheitlichen Vorteile des salutogenetischen Erziehungsansatzes belegen, ein Argument, das auch unter gesundheitsökonomischer Sicht für sich spricht.

Start jetzt, Bewerbungen jetzt

Die Präventionsinitiative „fit4future“ startet in diesen Wochen. Im ersten Jahr sollen bundesweit 500 Schulen für die Teilnahme gewonnen werden. Sie verteilen sich zunächst auf die Städte Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln und Stuttgart. Grund- und Förderschulen aus diesen Städten können sich bewerben. Ab 2017 und 2018 kommen weitere 1.500 Schulen aus dem gesamten Bundesgebiet dazu.

Weitere Informationen zur Präventionsinitiative „fit4future“ finden Sie unter www.fit-4-future.de und www.cleven-stiftung.com.

Weitere Informationen zum Konzept der Salutogenese: [Bund der Freien Waldorfschulen: Salutogenese – gesundheitsfördernde Erziehung an Waldorfschulen \(Blickpunkt 10\)](#)

Europa

Förderung des gesunden Arbeitens und Alterns

Angesichts einer wachsenden alternden Bevölkerung und sinkender Geburtenzahlen haben viele EU-Länder das gesetzlich festgelegte Rentenalter heraufgesetzt. Laut einer Prognose der Europäischen Kommission wird im Jahr 2030 der Anteil der Erwerbstätigen über 55 Jahren bei 30 Prozent liegen. Um deren Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu fördern, sind angemessene Arbeitsbedingungen und ein gesundes Arbeitsumfeld eine wichtige Voraussetzung.

Vor diesem Hintergrund haben die EU-Kommission, die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und die niederländische EU-Ratspräsidentschaft im April 2016 eine zweijährige europaweite Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – für jedes Alter“ gestartet. Die Kampagne ist die weltweit größte im Bereich Gesundheit und Arbeit und richtet sich insbesondere an private und öffentliche Unternehmen. Durch den Austausch von Maßnahmen und Informationen zu effektiven Lösungen für mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sollen gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und das gesunde Altern von Arbeitnehmern während des gesamten Berufslebens gefördert werden.

EU-weiter Wettbewerb für altersgerechte Arbeitsbedingungen

Um für den Austausch bewährter Verfahren in ganz Europa eine Plattform bereitzustellen, organisiert die EU-OSHA

im Rahmen dieser Kampagne den 13. Europäischen Wettbewerb für gute praktische Lösungen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Ziel ist die Identifikation eines ganzheitlichen Konzepts, das ein gesundes Altern am Arbeitsplatz ermöglicht. Mit dem Wettbewerb sollen Unternehmen gewürdigt werden, die sich für ein gesundes Altern durch Sicherheit und verbesserten Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz einsetzen, herausragende Beispiele für altersgerechte Arbeitsbedingungen sollen als Gewinner des Wettbewerbs prämiert werden. Die Preisverleihung wird im April 2017 stattfinden.

Der letzte Wettbewerb vom Zeitraum 2014 bis 2015 beschäftigte sich mit dem Thema „Stress und psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz“. Im Rahmen der Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze 2014-2015“ wurden elf europäische Unternehmen für ihre effektiven Lösungen ausgezeichnet. Aus Deutschland gehörten die Daimler AG und die Deutsche Post DHL Group zu den Siegern des Wettbewerbes.

Ausgezeichnete Projekte des vorherigen Wettbewerbs

Die Daimler AG erhielt eine Auszeichnung für ihr betriebliches Gesundheitsmanagement für innere Stabilität. Ziel der Daimler AG war es, die Einbindung möglichst vieler Beschäftigter aus allen Ebenen des Unternehmens zu fördern und die Sensibilisierung für psychische Gesundheitsprobleme am

Arbeitsplatz zu stärken. Der Schwerpunkt dieser Initiative lag auf vielfältigen Präventionsmaßnahmen und umfasste beispielsweise Beiträge im Intranet des Unternehmens, E-Learning-Module zur Selbsteinschätzung, Gesundheitskurse für Entspannung und Stressprävention sowie Expertenvorträge. Nach Einführung des Gesundheitsmanagements konnte die Daimler AG eine signifikante Verkürzung von Fehlzeiten sowie eine erhöhte Zufriedenheit und Produktivität der Fachkräfte verzeichnen.

Die Deutsche Post DHL Group wurde für ihre Strategie für Gesundheit, Sicherheit und Wohlbefinden ausgezeichnet. Im Rahmen dieser Strategie entwickelte die Deutsche Post DHL Group das webbasierte Schulungsprogramm „Führung und psychische Gesundheit“ für Mitglieder des Managements. Inhalte dieser Schulung zielten auf die Beratung von Führungskräften, wie sie sich selbst und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Belastungen wie Stress besser schützen können. Zusätzlich wurden regelmäßige Workshops und Seminare zum Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz und zu Stressmanagement für das Berufs- und Privatleben eingeführt. Die Angestellten bekamen die Möglichkeit, ihren Arbeitsalltag selbst zu gestalten, wurden direkter in die Arbeitsabläufe des Betriebs integriert und erhielten Vorsorgeuntersuchungen. Die Strategie des Unternehmens führte laut Ergebnissen der EU-OSHA bei der Belegschaft zu einer Steigerung des Gemeinschaftssinns, der persönlichen Zufriedenheit sowie der Produktivität.

Für eine gesunde europäische Arbeitswelt

Durch die Schaffung einer Plattform für den Informationsaustausch von bewährten Verfahren für mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz im Rahmen des aktuellen Europäischen Wettbewerbs bekommen Unternehmen die Möglichkeit, von anderen Unternehmen zu lernen. Dies soll zu einer nachhaltig gesünderen Arbeitswelt in Europa beitragen.

Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie von Multiplikatoren, wie beispielsweise Sozialpartnern, Sicherheits- und Gesundheitsbeauftragten sowie Beratern im Bereich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sind willkommen. Die Beiträge sollen über nationale Anlaufstellen eingereicht werden. In Deutschland ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) für die Annahme von Bewerbungen zuständig.

Weitere Informationen

- *EU-Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – für jedes Alter 2016-2017“.*
- *Europäischer Wettbewerb für gute praktische Lösungen*
- *Hinweise zur Einreichung von Wettbewerbs-Beiträgen*
- *Prämierte Beispiele des Wettbewerbs 2014-2015: „Stress und psychosoziale Risiken bei der Arbeit managen“*

Materialien

Elisabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht

Edition Medienpraxis 14, Halem Verlag, Köln 2016, 21,- Euro, ISBN 978-3-86962-208-8 (auch als E-Book erhältlich)

Flüchtlingsstrom, Mindestlohn, Klimawandel, Euro-Rettungsschirm. Wortgewaltige Sprachbilder wie diese entlarvt die moderne Neuro- und Kognitionsforschung als heimliche Herrscher über unser politisches Denken und Handeln. Politische Entscheidungen, auch die vermeintlich alternativlosen, sind selten wertfrei. „Die politische Sprache ist niemals neutral“, weiß die Kommunikationspsychologin Elisabeth Wehling. „Politiker benutzen Metaphern, um uns zu beeinflussen.“ Die Linguistin stammt aus Hamburg und forscht seit knapp neun Jahren an der University of California in Berkeley, die als „Mekka der kognitiven Linguistik“ gilt. Elisabeth Wehling erklärt in ihrem neuen Buch, „wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht“.

„In der politischen Debatte sind nicht die Fakten entscheidend“, stellt die Politikexpertin fest: Den entscheidenden Einfluss üben die gedanklichen Deutungsrahmen aus, die von der kognitiven Wissenschaft Frames (Rahmen) genannt werden. Diese Frames entstehen aus unserer Vorerfahrung, aus unserem abgespeicherten Wissen. „Worte und Sprachbilder aktivieren in unserem Gehirn gedankliche ‚Frames‘, sogenannte Deutungsrahmen, die wir durch unsere individuelle Welterfahrung abgespeichert haben“, erläutert Elisabeth Wehling (34).

So werden Flüchtlinge sprachlich zur Bedrohung

„Die Informationen werden über die Frames ideologisch eingeordnet und bestimmt. Frames werden über Sprache im Gehirn aktiviert und gefestigt und bestimmen, wie wir politische Fakten wahrnehmen.“ Davon hängt ab, welche Fakten wir überhaupt als wichtig begreifen, welche sich uns besonders gut einprägen und welche wir gar nicht erst wahrnehmen. Häufig gebrauchte Begriffe der Asyl- und Zuwanderungspolitik sind: „Volles Boot“, „Masse“, „Flut“, „Tsunami“, „Strom“. Kommen Zuwanderer, ist unsere Nation nicht mehr „ein stolzes Schiff“, sondern vielmehr ein „gefährdetes Boot, das droht zu kentern“. Flüchtlinge werden als Welle oder als Flut, also als Naturkatastrophe bezeichnet, die über die Einheimischen hereinbricht. „So werden die Einheimischen gedanklich zum Opfer, die Flüchtlinge werden sprachlich zur Bedrohung.“

Für Elisabeth Wehling nimmt dieses politische Framing „uns die gedankliche Grundlage zu Empathie mit einzelnen Flüchtlingen und ihrem Schicksal und lädt stattdessen zu Empathie mit der betroffenen Bevölkerung ein.“ Die Forscherin beschreibt lesenswert, was ihr anhand ihrer Forschungsergebnisse schnell deutlich wurde: „Wann immer wir ein Wort nutzen, aktivieren wir unbewusst eine Fülle von Ideen und Schlussfolgerungen, die weit über das eigentliche Wort hinausgehen.“

Sprache ist Politik

In der Kognitionsforschung ist man sich schon lange einig: Sprache ist Politik. Wirklich demokratische Diskurse und politische Wahlfreiheit gibt es nur dort, wo sich ideologische Vielfalt auch sprachlich niederschlägt. Seit dem Wahlsieg von US-Präsident Barack Obama mit seiner Parole „Yes, we can“ wird Framing von progressiven Politikern als Geheimrezept betrachtet. Kognitionsforscher wie Elisabeth Wehling sind als „Framing Docs“ in der US-Politik im Kommen. Denn wo das passende und stimmige Wort fehlt, können auch noch so gute Gedanken nicht begründet und etabliert werden. Oder wie Elisabeth Wehling resümiert: „Fakten ohne Frames sind bedeutungslos.“

Framing ist in der politischen Kommunikation allgegenwärtig. Frames sind neuronale Strukturen in unseren Gehirnen, die immer dann aktiviert werden, wenn wir ein Wort hören. „Islamischer Staat“. „Silvesterereignisse von Köln“. „Geschlossene Balkanroute“: Jedes Frame beinhaltet automatisch eine Reihe von Konzepten und unbewussten Schlussfolgerungen, die zwar nicht im Wort selbst vorhanden sind. Aber jedes Wort, das wir hören, erweckt den Deutungsrahmen.

Für die Forscherin ist das Frame von Angela Merkel „Wir schaffen das“ „wirklich gelungen, weil es nicht suggeriert, dass sie eine Lösung hat, sondern es gemeinsam mit den Deutschen, mit der Nation anpacken will“. Für Elisabeth Wehling „eine sehr ermutigende, verbindende Message. Ein Frame, der die Kooperation und Gemeinschaft herausgefordert hat, angesichts einer überwältigenden Aufgabe.“

Die Autorin insistiert in ihrem Buch immer wieder: Das gesamte Frame mit allen Bedeutungen, die daran hängen, wird wirklich jedes Mal komplett im Gehirn aktiv – ohne dass wir das merken oder bewusst steuern können. „Ohne Frame wären Worte wie ‚Geschlossene Balkanroute‘ oder ‚Flüchtlingskrise‘ bedeutungslos.“

Die „klassische Vernunft“ wird zu Grabe getragen

Die Linguistin Elisabeth Wehling leitet seit 2013 Forschungsprojekte zu politischer Ideologie, öffentlichen Diskursen und unbewusster Meinungsbildung. Sie arbeitet mit den Methoden der Neuro- und Verhaltensforschung sowie der Kognitionslinguistischen Diskursanalyse. Bei ihren Untersuchungen fand sie heraus: Im Gegensatz zur landläufigen Idee, dass wir uns unsere Meinung tunlichst selbst bilden, passiert Meinungsbildung oft unbewusst. Sie ist stärker von Emotionen gesteuert als bisher angenommen. Politisches

Denken ist bewusst, rational und objektiv – diese althergebrachte und tief sitzende idealistische Vorstellung stimmt nicht mehr. Die moderne Neuro- und Kognitionsforschung hat die „klassische Vernunft“ längst zu Grabe getragen.

Kognitive Linguistik ist der Schlüssel zur Demokratie

Eigentlich wollte Elisabeth Wehling Journalistin werden. „Das Interesse für Kommunikationswissenschaft und Journalismus entstand durch meinen engen Kontakt zur Großmutter“, erzählt die renommierte Linguistin im Telefoninterview mit unserer Autorin. „Nazipropaganda war in meiner Jugend das große Thema. Ich habe mich immer gefragt, wie man Menschen derart beeinflussen konnte. Und was müssen wir machen, dass so etwas nie mehr passiert?“ Für ihre Masterarbeit forschte sie in über Berlusconi. „Ab einem gewissen Punkt kam ich nicht mehr weiter und beschloss, das Denken und das Gehirn besser zu verstehen.“ Als sie von Berkeley überraschend das Angebot bekam, dort den Master und den Doktor (PhD) zu machen, wechselte sie zur kognitiven Linguistik. „Das ist für mich der Schlüssel zur Demokratie.“

Warum sind „Steuern“ negativ besetzt?

Auch abstrakte Begriffe wie „Steuern“ haben keine allgemeingültige, objektive Bedeutung, sondern hängen von

unserem gesellschaftlichen Verständnis ab, was moralisches Miteinander bedeutet und was eine Gesellschaft gut macht. Sind Steuern eher eine Last, der sich Steuerbetrüger am liebsten durch Metaphern wie „Steuroasen“ entziehen? „Das aktiviert unbewusste Schlussfolgerungen, die ein Denken innerhalb bestimmter politischer Ideologien zur Folge haben“, schreibt die Autorin. „Steuroasen sind Orte mit niedriger Besteuerung wie Liechtenstein oder bislang die Schweiz. Oasen sind Orte des Labsals in einer existentiell bedrohlichen Wüsten-Umgebung.

Innerhalb dieser Metapher werden Steuern – ein zunächst abstraktes Konzept – als existentielle Bedrohung wahrnehmbar gemacht. Diesem Verständnis liegt oft eine konservative Interpretation von Besteuerung als unmoralische Bestrafung des wirtschaftlich erfolgreichen Individuums zugrunde. Die Metaphern transportieren diese Interpretation nicht nur, sondern stärken diese auch.“ Elisabeth Wehling bedauert in ihrem Buch, dass „eine alternative Interpretation viel zu selten kommuniziert wird: Steuern als System zur Sicherung von Freiheit, Ermächtigung und Schutz aller Bürgerinnen und Bürger. Würde man Steuern in einem solchen Frame begreifbar machen, so würde das Konzept der Steuererleichterung seinen Sinn verlieren.“

Politisches Framing

Die Forscherin erlangte in Berkeley eine ihrer erstaunlichsten Erkenntnisse in der neuronalen und mentalen Simulation. Gemeint ist, wenn man einen Satz liest, der eine Handlung wie das Gehen beschreibt, simuliert das Gehirn, dass die Region Bein- und Fußbewegung aktiv ist. „Nur wenn man das Wort gehen liest“, staunt Elisabeth Wehling heute noch. „Einer der größten Aha-Momente war: Wenn man den Satz liest: ‚Jemand ist im 5. Stock‘, dass man das Gelesene automatisch simuliert und nach oben guckt.“

In Berkeley arbeitet Elisabeth Wehling aktuell an einer Studie zur Simulation von Ekel im Gehirn. „Wenn sie politische Messages lesen“, erläutert sie, „die eklig, dreckig und abstoßend sind, simuliert das Gehirn physischen Ekel. Das ist eine Riesenerkenntnis: Der Körper ahmt nach, was es bedeutet sich zu ekeln.“ Für die Kommunikationsexpertin heißt das auf die Politik übertragen: „Sätze wie ‚die Hände in Unschuld waschen‘ oder ‚Steuerbetrüger sind widerlich‘ bedeuten auf der Moralebene: Das ist nicht sauber. „Das Gehirn simuliert automatisch physischen Ekel, um die politische Dimension zu begreifen. Wenn man das tatsächlich in den Gehirnregionen sieht, finde ich das überwältigend.“

Fazit

„Augen auf bei der Wortwahl!“ bedeuten die Erkenntnisse der Kognitionsforscherin Elisabeth Wehling. Damit man nicht ungewollt Ideen transportiert, die man eigentlich gar nicht vertritt. Das macht zwar mehr Mühe als einfach die abgedroschenen Phrasen zu verwenden, aber es lohnt sich. In ihrem Buch „Politisches Framing“ erforscht die Autorin die Sprache der Politik und zeigt nicht nur, wie Metaphern unser politisches Denken sortieren. Sie blickt auch hinter die Sprache der Politik, deckt mit nachvollziehbaren Beispielen auf, wie Sprache unser Denken und Handeln bestimmt. Elisabeth Wehling diskutiert die wichtigsten Frames unserer politischen Debatten hierzulande – wie etwa Steuern, Arbeit, Abtreibung, Sozialstaat, Terrorismus, Zuwanderung und Klimawandel – und gewährt überraschende Einblicke in das kollektive politische Denken.

Elisabeth Wehling hat zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. Sie war u. a. Koautorin von „Auf leisen Sohlen ins Gehirn“ (Carl-Auer, 2008) und publizierte gemeinsam mit der US-Neurologie-Legende George Lakoff „The Little Blue Book“ (Simon & Schuster, 2012).

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17

50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-237
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de
Jörg Bärschneider, joerg.baerschneider@gmx.de

Isabelle Hübner, i.huebner@sozialbank.de (Europa)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Gesundheit)
Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
(Materialien)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich